

«Skandaleffekt hält nicht lange an»

Karel Ziehli arbeitet als Politologe bei «Année Politique Suisse» an der Uni Bern. Er schreibt seine Masterarbeit zum Thema «Landwirtschaftspolitik in Bundesbern».

text DOMINIQUE EVA RAST / bild ZVG

Herr Ziehli, wie erklären Sie, dass sich das Stimmvolk in den nächsten Jahren mit sechs Initiativen zur Landwirtschaft befassen muss?

Karel Ziehli: Drei Initiativen gehören eigentlich zusammen: Die Initiative «Ernährungssicherheit» des SBV, die letzten Herbst angenommen wurde, die Fair-Food-Initiative der Grünen und die Volksinitiative zur Ernährungssouveränität.

Die Grundidee war, etwas gegen das «Bauernsterben» zu tun. Die Initiativen konnten sich nicht einigen, deshalb wurden am Ende drei Initiativen lanciert. Sie haben ähnliche Ziele, gehen aber unterschiedlich weit.

Und die anderen?

Die Trinkwasser-Initiative und die «Volksinitiative für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» reagieren auf Skandale rund um Pestizide und die Glyphosat-Diskussion.

Eine Umfrage des GFS-Forschungs-Instituts hat vor kurzem gezeigt: Die Menschen in der Schweiz stehen zwar hinter der Landwirtschaft. Sie sorgen sich aber um die Wasser- und Bodenqualität. Der Skandaleffekt verpufft aber oft in der Zeit von der Lancierung bis zur Volksabstimmung: Dieser Prozess dauert vier bis fünf Jahre.

«Jede Initiative übt auf der Sachebene Druck aus.»

Karel Ziehli, Politologe

Initiative durch Uniterre die Idee, die eigene Position in der Landwirtschaftspolitik bekannter zu machen.

Die Hornkuh-Initiative haben wir noch nicht angesprochen.

Sie profitiert vom Sympathie-Bonus. Ein alter Bergbauer, der Tiere liebt – das zieht. Ein Verfassungsartikel ist zu diesem Thema nicht nötig. Deshalb gehe ich davon aus, dass die Initiative abge-

lehnt wird. Das Anliegen kann auch im Rahmen des Landwirtschafts-Gesetzes umgesetzt werden.

Spielt dabei auch der Stadt-Land-Graben eine Rolle?

Der Röstigraben wird in der Tat immer mehr durch einen Graben zwischen Stadt und Land ersetzt. Häufig stehen auf der einen Seite dieses Grabens die Romandie, die grossen Deutschschweizer-Städte, das Tessin und ein Teil Graubündens.

Auf der anderen Seite finden sich die ländliche Deutschschweiz und die Vorstädte. Allerdings kann dieser Graben in der Landwirtschaftspolitik eher nicht beobachtet werden.

Sondern?

Kurz & bündig

- Initiativen sind oft ein Druckmittel auf politische Prozesse.
- Von der Idee über die Unterschriftensammlung bis zur Volksabstimmung dauert der Prozess vier bis fünf Jahre.
- Politologe Ziehli geht davon aus, dass keine der Initiativen zur Landwirtschaft vom Volk angenommen wird.

Haben Sie dazu ein Beispiel?

Nach dem Reaktorunfall in Fukushima vom März 2011 sammelten die Grünen Unterschriften zum Atomausstieg. Darüber haben wir im November 2016 abgestimmt – die Initiative wurde abgelehnt.

Wissen muss man auch, dass Initiativen oft Druckmittel auf die Politik sind oder Organisationen eine Möglichkeit bieten, sich ins Rampenlicht zu stellen. Initiativen sind auch Mittel, um Spendengelder zu bekommen. So war etwa ein Grund für die Lancierung der Ernährungssouveränitäts-



Politologe Karel Ziehli baut in seinem Schrebergarten in Bern Kartoffeln an, als Ausgleich zur Arbeit an der Universität Bern.

Zur Person

Karel Ziehli (25) schreibt seine Masterarbeit in Politologie über die Frage der Bedeutung der Landwirtschaftspolitik in Bundesbern. Im Nebenfach studiert er Nachhaltige Entwicklung und arbeitet für «Année Politique Suisse». Auf dieser Internet-Plattform schreibt er darüber, was im Schweizer Parlament passiert. Sein Spezialgebiet ist Landwirtschaftspolitik. Ziehli wohnt in Bern. Er ist in der Nähe von Yverdon-les-Bains VD in einem kleinen Dorf aufgewachsen. Als Kind hat er gern beim Kartoffelanbau geholfen.

www.anneepolitique.swiss

Der Stadt-Land-Graben zeigt sich vor allem, wenn es um Fragen rund um «Öffnung gegenüber dem Ausland» geht. Bei Landwirtschafts-Fragen hingegen sieht man fast keine Unterschiede zwischen Stadt und Land, weder bei der Ernährungs-Sicherheits-Initiative oder 1996 beim Landwirtschafts-Verfassungsartikel.

Unterschiede zeigen sich allerdings im Umweltbewusstsein, das bei Städterinnen und Städtern stärker ausgeprägt ist.

Was bedeutet das nun für die kommenden Abstimmungen?

Wie schon erwähnt: Auch wenn eine Initiative nicht angenommen wird, übt sie auf der Sachebene Druck aus. Und wir befinden uns mitten in einer hitzigen Debatte über Freihandelsabkommen. Das wird in der Diskussion um die Initiativen eine Rolle spielen, über welche wir im Herbst abstimmen.

Welche Rolle spielt die Landwirtschaftslobby?

Der SBV hat Stimmfreigabe beschlossen: Einige Punkte wurden ja bereits in der Initiative zur Ernährungssicherheit angenommen. Der Einfluss der Politikerinnen und Politiker, welche Landwirtschaftsinteressen vertreten, ist gross. Interessant ist, dass nur drei bis vier Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft arbeiten. 51 von 246 Parlamentarier haben aber eine Verbindung zur Landwirtschaft.

Wenn Sie eine Prognose wagen: Wird eine der Initiativen angenommen?

Kaum. Einige zielen auch darauf ab, Druck auf die Landwirtschaftspolitik zu erzeugen. Bei der Trinkwasser-Initiative kommt es darauf an, wie der «Aktionsplan Pflanzenschutzmittel» in Bezug auf die Wasserverschmutzung umgesetzt wird.

Alle Initiativen stellen im Grundsatz die Frage, welche Landwirtschaft

wir in Zukunft wollen. Die «Ernährungssouveränität» hat sehr klare, präzise formulierte Anliegen. Einige Punkte davon sind bereits in der «Ernährungs-Sicherheits-Initiative» enthalten. Das macht die Initiative angreifbar für die Gegner. Was die beiden Pestizid-Initiativen betrifft: Eine Landwirtschaft komplett ohne Pflanzenschutzmittel (abhängig davon, wie das Parlament Pestizide definieren wird) halte ich für unrealistisch. Das wird wohl auch die Stimmbevölkerung so sehen. 

Volk bestimmt Zukunft

Am 23. September entscheidet das Schweizer Stimmvolk über die Fair-Food-Initiative und die Volksinitiative für Ernährungssouveränität. Drei weitere Initiativen kommen in den nächsten Jahren vors Volk, darunter die heiss diskutierte Trinkwasser-Initiative. Ein Überblick.

text DOMINIQUE EVA RAST

Fair-Food-Initiative

Die Fair-Food-Initiative der Grünen kommt am 23. September vors Volk. Die Fair-Food Initiative verlangt: Lebensmittel aus einer naturnahen, umwelt- und tierfreundlichen Landwirtschaft mit fairen Arbeitsbedingungen fördern. Dabei soll es keine Rolle spielen, ob die Lebensmittel aus der Schweiz stammen oder importiert sind.

Schadenspotenzial für die Landwirtschaft: ⚡

«Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide»

Die Initiative wurde Ende Mai mit über 140 000 Unterschriften eingereicht. Zur Abstimmung kommt sie in zwei bis drei Jahren, falls, sie für gültig erklärt wird. Bei einer Annahme wird der Einsatz synthetischer Pestizide in der landwirtschaftlichen Produktion, in der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und in der Boden- und Landschaftspflege verboten. Die Einfuhr von Lebensmitteln, die synthetische Pestizide enthalten oder mit Hilfe solcher hergestellt worden sind, wird ebenfalls verboten.

Schadenspotenzial für die Landwirtschaft: ⚡⚡

«Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle!»

Ebenfalls am 23. September wird über die «Volksinitiative für Ernährungssouveränität» abgestimmt. Die Initiative formuliert präzise Vorgaben: Gentechnik-freie Landwirtschaft, Schutz der natürlichen Ressourcen, des Bodens und des Saatguts. Zudem faire Preise und gerechtes Einkommen. Gefordert werden regulierende Zölle und der Verzicht auf Exportsubventionen.

Schadenspotenzial für die Landwirtschaft: ⚡

«Für die Würde der landwirtschaftlichen Nutztiere» (Hornkuh-Initiative)

Die Hornkuh-Initiative kommt voraussichtlich am 25. November zur Abstimmung. Die Initiative verlangt kein Enthornungsverbot für Rinder und Ziegen, sondern eine Entschädigung aller Halter und Halterinnen. Diese soll Ertragseinbußen wegen den zusätzlichen Anforderungen der Tiere ausgleichen.

Schadenspotenzial für die Landwirtschaft: ⚡

«Keine Massentierhaltung in der Schweiz»

Der Verein Sentience Politics sammelt seit dem 12. Juni 2018 Unterschriften für eine nationale Initiative «Keine Massentierhaltung in der Schweiz». Die recht allgemein formulierte Initiative will die Würde des Tiers in der landwirtschaftlichen Tierhaltung in der Verfassung verankern. Die Richtlinien für die Tierbestände orientieren sich an den Vorgaben von BioSuisse und KAG freiland.

Schadenspotenzial für die Landwirtschaft: ⚡⚡

«Trinkwasser-Initiative»

Die Initiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und prophylaktischen Antibiotika-Einsatz» wurde im Januar mit 114 000 Unterschriften eingereicht. Sie ist nun im Parlament. Vors Volk kommt sie frühestens im Jahr 2019. Die Initiative will, dass die Landwirtschaft wieder naturnah produziert und von ihrer Auslandsabhängigkeit wekommt. So soll es keine Direktzahlungen mehr für Betriebe geben, die Pestizide einsetzen. Auch keine Direktzahlungen erhalten Betriebe, die importierte Futtermittel verwenden oder die Antibiotika prophylaktisch einsetzen. Staatliche Unterstützung für landwirtschaftliche Forschung und Bildung gibt es nur, wenn sie die Vorgaben einhalten.

Schadenspotenzial für die Landwirtschaft: ⚡⚡⚡

t der *Landwirtschaft*

Wer steckt dahinter?

Fair-Food-Initiative	«Volksinitiative für Ernährungssouveränität»	Trinkwasser-Initiative	Hornkuh-Initiative	Ohne synthetische Pestizide	Keine Massentierhaltung in der Schweiz
Grüne Partei Schweiz	Uniterre	Franziska Herren/ Verein sauberes Trinkwasser für alle	Armin Capaul/ IG Hornkuh	future3, ein Komitee aus sieben Personen aus der Region Neuenburg.	Verein Sentience Politics

Wer ist dafür? (Auswahl)

Grüne Partei Schweiz, CSP Schweiz, EVP Schweiz, Alternative Linke und weitere Organisationen SBV: Stimmfreigabe	Uniterre und rund 70 Organisationen SBV: Stimmfreigabe	Verein, Greenpeace, BirdLife, Schweizer Bio Farmer	Rund 20 Organisationen wie Stiftung Tier im Recht, Pro Specie Rara, Demeter SBV vermutlich Stimmfreigabe	noch unklar	Einzelne grüne PolitikerInnen, Greenpeace, Verein Wildtierschutz, Tier im Fokus und Tier im Recht.
--	---	--	---	-------------	--

Wer ist dagegen? (Auswahl)

Vom BR zur Ablehnung empfohlen CVP Frauen, Economiesuisse	Vom BR zur Ablehnung empfohlen Economiesuisse	SBV, Gemüse- und Obstproduzentenverband, Science-industries	National- und Ständerat Arbeitsgemeinschaft Schweizerischer Rindviehzüchter (ASR)	SBV, Verband Schweizer Gemüseproduzenten	SBV, Schweizer Geflügelproduzenten
--	--	---	--	--	------------------------------------

Wie würde sich eine Annahme auf die Landwirtschaft auswirken?

Starker Eingriff in den Markt.	Vermutlich tiefere Einkommen, wenn durch mehr Beschäftigte dasselbe Einkommen auf mehr Köpfe verteilt werden muss.	Existenzbedrohend durch den Totalverzicht auf chemische Pflanzenschutzmittel und wegen den Einschränkungen in der Fütterung.	Die staatliche Förderung behornter Kühe und Ziegen geht zu Lasten anderer Förderungsmaßnahmen in der Landwirtschaft.	Teurerer Produkte, geringere Produktion von Obst und Gemüse.	Massive Auswirkungen vor allem auf Geflügel-Produktion.
--------------------------------	--	--	--	--	---